

# P r o t o k o l l

Nr. 7

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

**Dienstag, 10. Juni 2003**

16.00 - 18.00 Uhr

im Burgbachsaal

Vorsitz: Ratspräsident Werner Golder

Protokoll: Ruth Schorno

---

## Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 5 vom 6. Mai 2003
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Verwaltungsbericht und Rechnung 2002  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1725  
Bericht und Antrag der RPK Nr. 1725.1  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1725.2  
Bericht und Antrag der ITK Nr. 1725.3
4. Verwendung Ertragsüberschuss Laufende Rechnung 2002  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1736  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 1736.1
5. Informatikstrategie der Stadtverwaltung: Kenntnisnahme  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1723  
Bericht und Antrag der ITK Nr. 1723.1
6. Mitteilungen

## **Eröffnung**

Ratspräsident Werner Golder eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Christoph Häusler und Ulrich Straub; die übrigen 38 Ratsmitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

## **1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls 5 vom 6. Mai 2003**

### **zur Traktandenliste:**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass keine Änderungsanträge gestellt werden; die Traktandenliste erscheint somit als stillschweigend beschlossen.

### **Zum Protokoll Nr. 5 vom 6. Mai 2003:**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind. Das Protokoll Nr. 5 vom 6. Mai 2003 erscheint somit als stillschweigend genehmigt.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### Motionen

#### **Motion Christoph Häusler namens der SVP-Fraktion "Eine der Stadt Zug und ihrer übergeordneten Zentrumsfunktion angemessene Hochhausförderung und Städtebaupolitik":**

Mit Datum vom 27. Mai 2003 hat Gemeinderat Christoph Häusler namens der SVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

"Die Diskussion über Hochhäuser ist in der breiten Bevölkerung zum Schluss gekommen, dass sie eine grosse Akzeptanz finden. So ist es aus unserer Sicht sinnvoll, im Zentrum von Zug in verdichteter Form Hochhäuser für Büros und Kleinwohnungen zu erstellen. So gibt es neben den Gebieten von der Gubelstrasse nach Baar noch weitere ideale Standorte, die sich städtebaulich, Infrastruktur, topografisch und an den Sonnenverlauf orientierend eignen. Es ist weiterhin wichtig, dass in Zug Arbeitsplätze erhalten bleiben und somit eine ideale Grundlage für Gewerbetreibende und Dienstleistungsbetriebe geschaffen wird. Der Stadtrat sollte attraktive Grundlagen dafür schaffen. Die Hochhäuser sind ideale Grundlagen für die Schaffung von günstigem Büroraum an attraktiver Lage und somit können auch Orte, die zur Zeit nicht sehr attraktiv sind, besser genutzt werden. Es braucht auch für die Orientierung in der Stadt klare Hierarchien und diese können nicht vom Kanton bestimmt werden. Mit den jetzigen Instrumenten wie dem Bebauungsplan hat die Stadt die Möglichkeit, eine eigenständige städtebauliche Politik zu betreiben. So ist es wichtig, dass wir ein Leitbild schaffen und dieses in der BPK und im GGR diskutieren, um dann dieses in der Vernehmlassung des Richtplanes einzubringen. Mit der Schaffung der Stadtbildkommission und somit Entledigung einiger Aufgaben der BPK, hat der Stadt- und Gemeinderat eine Kommission aus namhaften Architekten gebildet, die über Einfamilienhäuser urteilt. Wäre es nicht sinnvoll, wenn diese Stadtbildkommission in bei so sensiblen Fragen wie die Hochhäuser ihre Meinung abgibt, welche danach auch in der BPK besprochen wird.

Damit jedoch keinen Wildwuchs entsteht, sondern damit wir eine Gesamteinheit der Stadt Zug garantieren können, braucht es eine Studie unter Ausschluss der Gebiete der Hochhausstudie schweremwichtig in den Gebieten um den Bahnhof im Zentrum und die Achse Zug- Cham.

Wir beauftragen den Stadtrat eine städtebauliche Studie gemäss unserer Formulierung zu erstellen

- a) Dem GGR sofort die entsprechende Kreditvorlage zu unterbreiten, damit die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für die Projektierung der Studie in erster Priorität freigestellt werden können.
- b) Sich persönlich und mit Nachdruck beim Regierungsrat dafür einzusetzen, dass die Anliegen der Stadt Zug umgesetzt werden können. Somit müsste der Richtplandtext über Hochhäuser geändert und vom GGR formuliert werden, so dass die Stadt ihre Kompetenzen behält.
- c) Die Grundeigentümer, die Privatwirtschaft, die Bürger und den Grossen Gemeinderat bzw. die Baukommission bei der Erarbeitung des Richtplanes einzubeziehen.

Begründung:

Gestützt auf die Interpellation vom 27. Juni 2000, der Hochhausstudie, Bebauungsplan Waldheim vom 26. November 2002 und dem Wettbewerb „Kaufmännische Berufsschule“, auf Aussagen von namhaften Architekten und Vereinigungen sind wir der Meinung, dass die Stadt eine einheitliche Städtebaupolitik betreiben soll. Dafür braucht es eine Studie, die in erster Priorität eine über gesamte Stadt ein einheitliches Konzept erarbeitet, die Standorte für Hochhäuser fördern und Vorschläge für die Verdichtung von sogenannten Resträumen (Beilagen werden folgen) enthalten. In zweiter Priorität Schwergewichte hervorhebt, die genauer untersucht werden müssen: ein übergeordnetes Gestaltungsgesamtkonzept mit später folgenden Wettbewerbe (z.B. Aarau August 2002). Diese Studie sollte jedoch nur Empfehlungen und Anregungen abgeben, damit die Stadtbildkommission bzw. BPK über sensible Bauvorhaben situativ entscheiden können. Sonst braucht es keine Stadtbildkommission, denn dieses Gremium ist für die Entscheidungen über einfache Baugesuche, wie z.B. Ein- und Mehrfamilienhäuser, Büros, etc. überdimensioniert. In diesem Fall kann das wieder die BPK übernehmen."

Roland Neuner zieht namens der SVP-Fraktion die Motion zurück.

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass die **Motion Christoph Häusler namens der SVP-Fraktion "Eine der Stadt Zug und ihrer übergeordneten Zentrumsfunktion angemessene Hochhausförderung und Städtebaupolitik" durch Rückzug als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.**

**Motion Peter Kündig namens der CVP-Fraktion betr. Ehrung erfolgreicher Sportler**

Mit Datum vom 10. Juni 2003 hat Gemeinderat Peter Kündig namens der CVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird beauftragt, erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler, die einem Sportverein der Stadt Zug angehören, ab dem Jahre 2004 jährlich anlässlich eines Anlasses offiziell zu ehren.

Begründung:

Zweifellos ist es in jeder Hinsicht sinnvoll, sich in der Freizeit sportlich zu betätigen. Viele Sportvereine sorgen in Zug dafür, dass gerade für die Jugendlichen ein breites Sportangebot zur Verfügung steht. In diesen Vereinen wird so - im Übrigen meistens ehrenamtlich - wertvolle Arbeit für die Gesellschaft geleistet. Nicht zuletzt hat diese qualifizierte Tätigkeit vieler Trainer und Betreuer zur Folge, dass von Zuger Sportlerinnen und Sportlern herausragende Leistungen an nationalen und internationalen Wettkämpfen erbracht werden. Diese Leistungen sollen inskünftig auch offiziell zur Kenntnis genommen werden. Die Anerkennung soll selbstverständlich den erfolgreichen Sportlerinnen und Sportlern, aber auch den Vereinen zukommen, die die Leistungen erst ermöglicht haben. Eine solche offizielle Ehrung wird sich motivierend auf die betroffenen Sportlerinnen und Sportler sowie auf die Vereinsfunktionäre auswirken, was der ganzen Sportbewegung zugute kommt. In diversen anderen Gemeinden werden solche Anlässe mit Erfolg durchgeführt. Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass eine solche Veranstaltung auch in der Stadt Zug gut ankäme. Wie eine solche Zeremonie organisiert werden könn-

te und wie der Ablauf des Anlasses vorstellbar wäre, entnehmen Sie bitte dem beigelegten Verordnungsentwurf."

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass diese Motion auf die Traktandenliste des GGR gesetzt wird, sobald der Bericht und Antrag des Stadtrats vorliegt.

## Interpellationen

### Interpellation Urs B. Wyss betreffend Löschweiher Zugerberg

Mit Datum vom 30. Mai 2003 hat Gemeinderat Urs B. Wyss folgende Interpellation eingereicht:

"Gestützt auf Vorlage Nr. 1581 des Stadtrates und die Berichte von BPK und GPK hat der Grosse Gemeinderat am 13. März 2001 einen Baukredit von Fr. 435'000.-- für die Erstellung eines multifunktionalen Löschweihers auf dem Land des Instituts Montana bewilligt. Innert nützlicher Frist konnte der Löschweiher erstellt und seiner Zweckbestimmung übergeben werden. Die Gestaltung der Umgebung zu einem wertvollen Biotop nimmt Formen an. Einige Fragen zu diesem in mehrfacher Hinsicht originellen Werk - formuliert nach einer kürzlichen Besichtigung - interessieren wohl eine breitere Öffentlichkeit:

Zur Feuerwehrauglichkeit:

1. Genügt die gegenüber dem bewilligten Projekt stark reduzierte maximale Löschwasserentnahme (lediglich 1100 statt 1500 m<sup>3</sup> bzw. von der Feuerwehr ursprünglich gefordert 2000 m<sup>3</sup>) in wirklichen Notfällen?
2. Weshalb wurde die maximale Löschwasserentnahme trotz grösserer Oberfläche (2300 statt 2000 m<sup>2</sup>) und grösseren Wasserinhalts des Weihers (2590 statt 2500 m<sup>3</sup>) derart massiv gekürzt? Wurde plötzlich der Hauptzweck des Löschweihers dem Sekundäranliegen Biotop geopfert? Oder gilt die auf der Orientierungstafel deklarierte maximale Löschwasserentnahme lediglich für Übungen, nicht aber für Ernstfälle? (Das könnte akzeptiert werden!). Wie lange dauert das Wiederauffüllen des Weihers?
3. Wurde die Feuerwehrauglichkeit des Löschweihers schon Übungsmässig getestet? Wenn ja, wie oft, wann, mit welchen Ergebnissen und mit welchen Verbesserungsmaßnahmen?

Zu den Erstellungskosten

4. Reichte der Bewilligte Bruttokredit von Fr. 435'000.--?
5. Wie stellten sich die Kosten für die einzelnen Arbeitsgattungen im Vergleich mit dem Kostenvoranschlag (Planung und Bauleitung; Vorbereitungs-, Rodungs- und Abbrucharbeiten; Tiefbauarbeiten; Instandstellungsarbeiten, Aufforstungen; Vermessung, Nebenkosten; 4 Sitzbänke; Unvorhergesehenes; MWST)?
6. Erwies sich die Annahme von günstigeren Kosten bei optimalem Bodenverlauf als zutreffend?
7. Wofür wurden unter der Position "Unvorhergesehenes" Ausgaben getätigt?
8. Wieviel musste für den Transport von zusätzlichem Auffüllmaterial für die Tankfalle aufgewendet werden?

Zu den Beiträgen und Subventionen

9. Sind die vom Bund zugesagten Fr. 25'000.-- eingegangen?
10. Sind die vom Kanton Zug (Forstamt, Denkmalpflege) zugesagten Beiträge von Fr. 20'000.-- eingegangen?
11. Konnte der Stadtrat die gesetzlich vorgesehene Subvention von 35 % seitens der kantonalen Gebäudeversicherung - nach erfolgreichem Weiterzug durch alle Instanzen - erhältlich machen, und wieviel betrug die Auszahlung? Wenn nein, warum scheiterte der Stadtrat in der juristischen Auseinandersetzung?

#### Zur Ökologie

12. Sind die anno 2001 gesteckten Ziele erreicht worden?
13. Wann wird das Biotop seinen "Endzustand" erreicht haben?
14. Wieviel und in welchen Jahren wurde zulasten der Kostenstelle 660, Konto 318.08 Projekte ausgegeben?
15. Was für Massnahmen sind jetzt und in absehbarer Zeit noch vorgesehen, und was werden diese kosten?

#### Zur Nebennutzung

16. Müsste nicht eher eine Badeverbotstafel anstelle der Rettungsringe und -stangen angebracht werden?
17. Kann die Freigabe des Löschweihers zum Baden und Planschen angesichts der mikrigen Wasserqualität verantwortet werden? (Wenn ja, mit welchen vom zuständigen kantonalen Labor angeordneten Auflagen?)

#### Zur Militärgeschichte

18. Wurde der vom Grossen Gemeinderat gutgeheissene Antrag Dominik Schwerzmann (vgl. Protokoll GGR 26 vom 13. März 2001, S. 1051/1052) betreffs Protokollieren des Tankgrabens vor, während und nach den Bauarbeiten vom Stadtrat umgesetzt? Wenn ja, mit welchem Resultat und mit welchen Kostenfolgen?.

Der Interpellant wünscht schriftliche Beantwortung (§ 43 Abs. 2 GSO)."

Ratspräsident Werner Golder teilt mit, dass die Interpellation gemäss § 43 der Geschäftsordnung vom Stadtrat innerhalb von drei Monaten schriftlich beantwortet wird.

#### **Interpellation Urs E. Meier namens der Alternativen Fraktion betr. Mehrwert der Liegenschaft Baarerstrasse 37 durch eine allfällige Aufstockung / Gegenleistungen der Zuger Kantonalbank**

Mit Datum vom 2. Juni 2003 hat Gemeinderat Urs E. Meier namens der Alternativen Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

"Am 6. Mai 2003 hat der Grosse Gemeinderat in erster Lesung beschlossen, den Status quo, also den vorgelegten Bebauungsplan Baarerstrasse West/Bahnhof (Vorlage 1619.3) in dem Sinne abzuändern, dass der Zuger Kantonalbank die Erhöhung ihres Gebäudes an der Baarerstrasse 37 um vier sichtbare Geschosse zugestanden werden solle, was einer Ausdehnung um rund 2'200 m<sup>2</sup> Nutzfläche gleich käme. Gemäss ihrem Schreiben an die Mitglieder des GGR vom 28. April 2003 ist sich die ZKB sehr wohl bewusst, dass eine entsprechende Aufstockung einen erheblichen Mehrwert für diese Liegenschaft bedeuten würde. Die Bank spricht von einer konkreten Leistung der Stadt, welche eine Gegenleistung als logisch erscheinen lasse. Im Hinblick auf kommende Gespräche zwischen der Stadt und der ZKB im Zusammenhang mit der Umgebungsgestaltung Bahnhof Ost, wie jenes vom 16. Juni 2003 zum Beispiel, wäre die mündliche Beantwortung der

wie jenes vom 16. Juni 2003 zum Beispiel, wäre die mündliche Beantwortung der folgenden Fragen anlässlich der nächsten GGR-Sitzung sicher sinnvoll und wird hoffentlich auch möglich sein:

1. Wie hoch wird der Mehrwert eingeschätzt, welcher durch die Aufstockung des Gebäudes Baarerstrasse 37 um 4 sichtbare Geschosse bzw. durch die Ausdehnung der Nutzfläche um ca. 2'200 m<sup>2</sup> resultieren würde?
2. Wie weit ist die Stadt Zug bereit, diesen Mehrwert anlässlich der Verhandlungen mit der ZKB im Zusammenhang mit der Gestaltung des Bahnhofrandes Ost geltend zu machen und in Form einer Kostenbeteiligung oder anderswie einzufordern, falls der rechtskräftige Bebauungsplan die von der ZKB gewünschte Aufstockung zulassen sollte?
3. Ist das Verhalten der Stadt in dieser Sache schon absehbar, falls die Aufstockung im Rahmen der Bebauungsplan-Änderung nicht rechtskräftig werden sollte? Zu bedenken ist dabei, dass durch die hoffentlich bald attraktive Verbindung der Bahnhofhalle mit der Baarerstrasse mit öffentlichen Mitteln der Standort des ZKB-Gebäudes ohnehin und auch ohne Aufstockung schon aufgewertet wird."

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass diese Interpellation anlässlich der nächsten Ratssitzung durch den Stadtrat mündlich beantwortet wird.

### **Kleine Anfrage**

#### **Kleine Anfrage Felix Denzler namens der SVP-Fraktion betr. Motion betr. einen Studienauftrag / Zentrumslasten und -nutzen vom 30. Oktober 1997**

Mit Datum vom 10. Juni 2003 hat Gemeinderat Felix Denzler namens der SVP-Fraktion folgende Kleine Anfrage eingereicht:

"Mit obigem Datum reichte die SVP-Fraktion Zug eine Motion an den Stadtrat der Stadt Zug ein. Die Motion enthielt folgenden Auftrag an den Stadtrat: Es sei eine Studie in Auftrag zu geben über die Zentrumslasten und -nutzen der Stadt Zug. Im Besonderen sei der unterschiedliche Finanz- und Lastenausgleich aus den übrigen Zuger Gemeinden zu definieren. Ferner sei ein Bericht über mögliche Abgeltungsvarianten zu erstellen. Im Hinblick auf die sich massiv verändernde Finanzlage in der Stadt und im Kanton Zug ist es uns ein dringendes Bedürfnis, die massiv zunehmenden und vor allem meistens wiederkehrenden Zentrumslasten gerecht auf die Gemeinden zu verteilen. Eine Zentrumsfunktion verpflichtet die Stadt Zug in keiner Weise zur Übernahme aller Zentrumslasten. Wir fragen den Stadtrat deshalb dringend an, wann er gedenkt, diese Motion zu beantworten und die verlangte Studie in Auftrag zu geben?"

Ratspräsident Werner Golder teilt mit, dass diese Kleine Anfrage vom Stadtrat schriftlich beantwortet wird.

### **3. Verwaltungsbericht und Rechnung 2002**

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1725

Bericht und Antrag der RPK Nr. 1725.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1715.2

Bericht und Antrag der ITK Nr. 1715.3

#### **Detailberatung**

#### **Grundsatzvoten**

Ivo Romer, Präsident GPK: "Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul - vor allem, wenn er nicht budgetiert war..."

Die Stadtverwaltung präsentiert uns eine wider Erwarten positive Jahresrechnung für das vergangene Jahr. Dafür sei allen Beteiligten unser ausdrücklicher Dank ausgesprochen. Alle Departemente haben sich an ihre Budgetvorgaben gehalten. Das auf den ersten Blick erfreuliche Resultat darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass schwer oder nicht budgetierbare Faktoren wie etwa die Grundstückgewinnsteuer wesentlichen Anteil am Ergebnis haben. Hierzu einige kritische Punkte: Erstmals seit Jahren haben die Steuereinnahmen nur knapp die Vorjahreshöhe erreicht. Bei stabilen Schülerzahlen steigen die Kosten des Bildungsdepartementes stetig an. Diese Tendenz darf so nicht einfach als "fait accompli" hingenommen werden. Bei den Kosten für Alters- und Pflegebetreuung sind die grössten Kostensteigerungen festzustellen. Diese bedürfen einer intensiven Verfolgung und kreativer Lösungsfindung. Trotz der zurückgestellten Investitionen konnten die umgesetzten Vorhaben nur zu rund 85% selbst finanziert werden. Ein Ausblick in die nähere Zukunft: Die per 1.1.2003 wirksame Sanierung der Pensionskasse bewirkt durch die Aufnahme von Fremdkapital, dass die Stadt Zug nun Schulden von 21,6 Mio. Franken hat. Dem Verwaltungsbericht ist eigentlich nichts beizufügen. Im Gegenteil könnte er stellenweise leichter verdaulich daherkommen. Eine hingegen ganz und gar unbekömmliche Kost stellen die ideologisch stark gefärbten Ausführungen des Departementes SGU in Kapitel 3.6.3. dar. Diese haben in der Berichterstattung nichts verloren. Zusammengefasst kann ich hier sagen: Das Resultat freut, aber die Botschaft dahinter verlangt nach Aufmerksamkeit und korrigierenden Massnahmen. Namens der GPK bitte ich Sie, die Jahresrechnung 2002 gemäss Antrag des Stadtrates zu genehmigen. Besten Dank."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: "Zur Jahresrechnung 2002 erlaube ich mir einige allgemeine Ausführungen zu machen und diese mit einem kurzen Rückblick auf die finanzielle Entwicklung unseres Gemeinwesens während der letzten fünf Jahre zu ergänzen."

Zur Laufenden Rechnung:

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 3'473'000.-- ab. Dieses Resultat verdient einen Kommentar unter verschiedenen Gesichtspunkten:

Zuerst kann bemerkt werden, dass dies der geringste Mehrertrag in der überschussverwöhnten Stadt Zug seit dem Jahre 1994 ist. Die Folie 1 (Ertrag) zeigt Ihnen denn auch die Verlangsamung der Ertragsentwicklung bis fast zur Stagnation ab dem Jahre 2000, wobei auch der starke Ertragsprung von 1999 auf 2000 zu berücksichtigen ist. Zum Zweiten stellen wir fest, dass der Steuerertrag erstmals - wenn auch nur geringfügig - unter den Zahlen des Vorjahres geblieben ist. Bemerkenswert ist der Rückgang um mehr als 7,8 Mio. Franken bei den juristischen Personen, was unserer Prognose entspricht, dass die reduzierte Kapitalsteuer ihre Wirkung spürbar zeigt und zwar obwohl diese Ertragsminderung teilweise durch Steuern aus Vorjahren hat aufgefangen werden können. Ein Ausnahmeresultat konnten wir mit rund 7,7 Mio. Franken bei den Grundstückgewinnsteuern verzeichnen, welche 3,7 Mio. Franken über dem Voranschlag liegen. Insgesamt kann zu den Steuereinnahmen gesagt werden, dass der Entscheid, den Steuerfuss bei 70 % zu belassen und einen Rabatt von 5 % zu gewähren, richtig war gegenüber der ursprünglichen Absicht einer definitiven Festlegung bei 65 %.

Positiv ist bei der Laufenden Rechnung zu bemerken, dass sich der Aufwand einmal mehr unter der Voranschlagshöhe eingependelt hat. Eine bittere Pille haben wir mit einem gegenüber dem Budget um fast 4,9 Mio. Franken höheren Beitrag an den innerkantonalen Finanzausgleich zu schlucken, der im Berichtsjahr erstmals rund 20,9 Mio. Franken betrug. Die Steuerertragsentwicklung versus die Finanzausgleichsentwicklung zeige ich Ihnen auf der nächsten Folie auf. Der innerkantonale Finanzausgleich wird uns nun im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung Kanton / Gemeinden gründlich beschäftigen.

Zur Investitionsrechnung ist zu sagen, dass von den rund 19,6 Mio. Franken 16,5 Mio. Franken nicht getätigte Ausgaben auf die Revision der städtischen Pensionskasse entfallen, welche von diesem Rat zwar noch im November 2002 beschlossen wurde, allerdings erst mit Wirkung auf den 1. Januar 2003. Die Konsequenzen der im Januar 2003 am Kapitalmarkt aufgenommenen 54,0 Mio. Franken sehen Sie aus dieser letzten Folie. Die erste wesentliche Veränderung sehen Sie mit Datum 1. Januar 2002 als Folge des GGR-Beschlusses betreffend die Verschiebung der Rückstellungspositionen vom Eigen- ins Fremdkapital. Und dann - vorweggenommen - die Entwicklung nach vollzogener Sanierung der städtischen Pensionskasse. Die Auswirkungen des Jahresergebnisses 2002 und die ersten Resultate betreffend die künftige Aufgabenteilung Kanton / Gemeinden werden Inhalt der finanzpolitischen Diskussion im Laufe der GGR-Voranschlagsdebatte im Dezember dieses Jahres bilden. Meine Damen und Herren, zusammen mit der RPK und der GPK empfiehlt der Stadtrat die Jahresrechnung 2002 zur Genehmigung."

Erna Staub: "Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die gut geführte Rechnung und die durchwegs sorgfältige Einhaltung des Budgets in allen Ressorts. Ein grosses Lob gebührt der Verwaltung, die sich immer wieder bemüht, das Parlament mit allen möglichen Unterlagen und Tabellen zu versorgen. Es gibt ein Sprichwort - Allen Leuten Recht getan, ist eine Kunst die niemand kann -. Niemand weiss dies so gut wie ich und darum nochmals herzlichen Dank allen Abteilungen für die gute Zusammenarbeit. Im Finanzdepartement stellen wir enorme Kostensteigerungen bei den Pflegeheimen fest. Die Verrechnung erfolgt über die verschiedenen BESA Gruppen. Die

Einstufung in die BESA Gruppen erfolgt nach gewissen Kriterien in den Pflegeheimen selbst. Hier kann man sich fragen, ob diese Einstufungen zum Teil nicht hinterfragt werden müssen. Ein Abbau des Sozialtarifes kommt für die SP-Fraktion jedoch nicht in Frage. Im Baudepartement fallen die hohen Baubewilligungskosten auf, die nur zu einem Drittel weiterverrechnet werden können. Viele detaillierte Fragen werden mit der Beantwortung der bürgerlichen Interpellation vom 19. August 2003 hinfällig. Trotzdem bleibt für mich das ganze Baubewilligungsverfahren schwerfällig und fragwürdig und ich bitte den Stadtrat zu prüfen, ob dieses nicht bis zu einem gewissen Grade redimensioniert und vereinfacht werden kann. Grundsätzlich stellen wir fest, dass ein Teil der Ausgaben zweckgebunden sind. Wir können diese Ausgaben nur hinterfragen, aber nichts daran ändern. Gewisse Veränderungen könnten sich zu einem späteren Zeitpunkt mit der neuen Aufgabenteilung zwischen Kanton / Gemeinden ergeben. Lassen wir uns überraschen. Ebenfalls nimmt die SP-Fraktion den ausführlichen und sehr schön gestalteten Jahresbericht zur Kenntnis. Allerdings möchten wir den Umfang dieses Berichtes, welcher mit viel Arbeitsaufwand seitens der Verwaltung verbunden ist, doch einmal in Frage stellen. Wir behaupten, dass der Jahresbericht in diesem Umfang von sehr wenig Bürgern und Bürgerinnen gelesen wird. Ein Jahresbericht zeigt im Normalfall die wichtigsten Geschäfte und Ereignisse des vergangenen Jahres auf. Visionen, ev. sogar Träume, politische und persönliche Meinungen gehören nicht in den Jahresbericht. Die SP-Fraktion bittet den Stadtrat Form und Inhalt des Jahresberichtes zu überdenken. Hier liegt sicher auch noch ein gewisses Sparpotential ! Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit."

Roland Neuner: "Wie Sie aus der Jahresrechnung 2002 entnehmen konnten, sind besonders die Beiträge an soziale Institutionen dem Stadtzugerischen Finanzschiff im Jahr 2000 stark aus dem Ruder gelaufen. Bei gebundenen Beiträgen können wir leider nicht viel bewirken, ausser richtig zu budgetieren. Nun drei Beispiele: Kostenstelle 290 Konto 363.02, Beitrag Pflege in Altersheimen, zeigt in zwei Jahren eine massive Kostensteigerung. Bei der Kostenstelle 290 Konto 365.21, Beitrag Spitalexterne Krankenpflege (Spitex), sehen Sie ebenfalls eine massive Steigerung. Dies ist jedoch zurzeit auch Diskussionsthema im Stadtrat. Bei der Kostenstelle 620 Konto 361.01, Heimkosten, ist der Aufwand dreimal höher ausgefallen als budgetiert. In der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission wurde uns erklärt, dass man nächstens mit den verschiedenen Institutionen Verhandlungen aufnimmt wie zum Beispiel mit der Spitex. Ich frage nun den Stadtrat an, in welchem Zeitraum er die Vertragsverhandlungen realisieren kann und ob wir bis zum Voranschlag 2004 mit verbindlichen Zahlen rechnen können. Schlussendlich schliesse ich mich dem Dank an für die einwandfreie Führung der Rechnung 2002. Die in der Geschäftsprüfungskommission gestellten Fragen wurden ausführlich und zufriedenstellend beantwortet."

Martin Stuber: "Vorab ein Wort zum Vorschlag der SP-Fraktion, den Jahresbericht zu redimensionieren. Ich bin sehr befremdet über diesen Vorschlag. Ist es der SP entgangen, dass es jetzt zwei Versionen gibt: eine gestraffte für alle Haushaltungen und eine ausführliche für den Gemeinderat und weitere Interessierte. Es war und ist doch immer

ein Anliegen der Linken gewesen, ausführliche Rechenschaft der Exekutive und der Verwaltung einzufordern. Und das interessiert auch die Öffentlichkeit. Die Leute sollen im Übrigen sehen, was mit ihrem Geld passiert. Ich arbeite mit vielen ausländischen Arbeitskolleginnen und -kollegen zusammen und habe die Erfahrung gemacht, dass wir beneidet werden um solche Jahresberichte und die Tatsache, dass diese in alle Haushaltungen verschickt werden. Dass ein solcher „Spar“vorschlag ausgerechnet von der SP kommt, kann ich überhaupt nicht verstehen! Die Alternative Fraktion möchte es nicht verpassen, dem Stadtrat und dem Personal der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr zu danken. Es ist nicht nur für die Stadt, sondern auch den Kanton insofern ein besonderes Jahr, als zum ersten Mal das neue Steuergesetz voll durchgeschlagen hat. Unsere Fraktion möchte dies ganz besonders betonen, weil dieser für den Rechnungsabschluss wohl unbestreitbar zentrale Punkt weder in den schriftlichen Ausführungen des Stadtrates noch im Bericht der GPK entsprechende Erwähnung findet. Im GPK-Bericht steht gleich gar nichts, bei der stadträtlichen Vorlage muss mit der Lupe gesucht werden, bis auf S. 26 beim Steuerertrag es wohl gar doch nicht mehr zu vermeiden ist, auf diese nicht ganz unwesentliche Tatsache hinzuweisen. Immerhin hat der Stadtpräsident wenigstens in seinen mündlichen Ausführungen von vorhin nun dazu etwas gesagt. Und nebenbei bemerkt: auch unser Ratskollege Urs B. Wyss hat es geschafft, in seinem heutigen ZZ-Standpunkt als Alt-Kantonsrat viel vom Sparen aber nichts über den bedeutendsten Posten bei den Mindereinnahmen zu schreiben. Ein Esel, wer hier Böses denkt. Das weckt bei unserer Fraktion, die sich beim Abstimmungskampf damals klar gegen dieses Steuergesetz gewendet hat, den Forschungstrieb. Wir müssen nicht lange suchen: Zitat von Seite 26: „Als Auswirkung der Revision der Steuergesetzgebung reduziert sich der Kapitalsteuerertrag von 19 Mio. Franken im Jahre 2001 auf 7.4 Mio Franken im Jahre 2002.“ Das sind sage und schreibe 11.6 Millionen Franken weniger. 11.6 Millionen! So gross ist dieser Ausfall, dass die städtische Rechnung ins Minus gerutscht wäre, ohne den einmaligen Mehrertrag aus den Aufarbeitungen vergangener Jahre, der 4.2 Mio. Franken ausmachte. Die gleiche Aussage gilt übrigens auch für den Kanton – dort sank der Kapitalsteuerertrag von 32 auf 12.7 Millionen – fast 20 Millionen weniger. Demgegenüber stieg der Ertrag bei den natürlichen Personen um 3.7 Millionen an (im Kanton stieg er übrigens um sage und schreibe 21 Millionen!). Da haben wirs! Es wird interessant sein, herauszufinden, welche Firmen besonders profitiert haben und noch interessanter, woher die erhöhten Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen kommen. Wir tippen auf die mittleren Einkommen, welche nun die massiven Steuergeschenke an die Firmen berappen. Wie wir es bei der Abstimmungskampagne immer gesagt haben: es ist ein unsoziales neues Steuergesetz, das zeichnet sich langsam ab. Nun ist auch klar, dass die bürgerliche Mehrheit in diesem Rat zwar sehr viel über das drohende angebliche „Universalunglück“ NFA und über das Sparen redet, aber eigentlich am liebsten nichts davon wissen möchte, wo die grossen Steuerausfälle sind. Das ist schade, denn unser Befund bietet auch Trost: „What comes down can go up!“ Da ist viel Luft drin für zukünftige Steuererhöhungen, die der breiten Bevölkerung nicht weh tun werden. Umso mehr, wenn sie daran denken, dass der Kanton Zug klar den tiefsten Satz bei den Kapitalsteuern hat: nur gerade 22% des schweizerischen Durchschnittes. Eine Position, die den Appetit anderer Kantone auf einen

Teilhabe am Finanzausgleich aus Zug einleuchtend und irgendwie auch verständlich macht. Statt immer nur von Sparen, Sparen, Sparen zu reden und diesen für unsere Fraktion manchmal schon fast paranoid erscheinenden Drang etwa bei der schäbigen zeitlichen Beschränkung eines Mittagstisches oder der angemahnten Erhöhung des verlangten Preises eines Mittagessens beim Mittagstisch auszuleben und lange darüber zu debattieren, würde es diesem Rat hier gut anstehen, sich vermehrt den Herausforderungen zu stellen, welche das nicht zuletzt durch dieses Steuergesetz induzierte Wachstum stellt – und wieviel dieses Wachstum kostet! Denn Wachstum ist nirgends gratis, nirgends! Wir haben es schon vor einem Jahr gesagt und zählen es nochmals kurz auf:

- die Zahl der Arbeitsplätze wird wachsen
- die Zahl der BewohnerInnen wird (hoffentlich!) endlich auch wieder wachsen
- der Verkehr wird wachsen
- die Anforderungen an die Schulen werden wachsen
- die kulturellen Bedürfnisse steigen
- die Infrastrukturkosten werden steigen

Wachstum bringt zusätzliche Kosten und das bedeutet, dass die Ausgaben der öffentlichen Hand in den kommenden Jahren weiter steigen werden. Dem gilt es, sich zu stellen. Dass dieses Wachstum unter anderem mit einer effizient funktionierenden Verwaltung bewältigt werden muss, ist für uns selbstverständlich. Dazu braucht sie aber auch die Mittel! Nun – die eigentliche Debatte darüber wird aufgrund konkreter Projekte und anlässlich des Voranschlages geführt werden und wir sind ganz der Ansicht des Stadtpräsidenten: das wird kein Spaziergang. Angesichts der vor uns liegenden Aufgaben ist es offensichtlich: Raum für weitere Steuersenkungen oder Steuerrabatte gibt es keinen. Sie sind auch nicht nötig – wir haben jetzt schon die tiefsten Steuern. Raum für allfällig nötige, gezielte Steuererhöhungen hingegen gibt es - wir haben gesagt, wo."

Cornelia Stocker: "Der allgemeinen Zufriedenheit über den Rechnungsabschluss kann sich die FDP-Fraktion anschliessen. Der Stadtrat und die Verwaltung haben sich über's Gesante betrachtet sehr gut an die Budgetvorgaben gehalten. Die Finanzlage ist trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds nach wie vor solid. Doch jetzt ist das eingetreten, wovon die FDP in den Spitzenjahren, als wir noch zweistellige Millionenbeträge als Überschüsse schrieben, gewarnt hat. Die Steuereinnahmen sind erstmals seit Jahren rückläufig, wenn auch nur minim. Vor allem wegen den ausserordentlich hoch ausgefallenen Grundstückgewinnsteuern schreiben wir heuer schwarze Zahlen. Wären diese wie budgetiert resp. in der Grössenordnung der Vorjahre ausgefallen, hätten wir in etwa gerade noch eine schwarze Null erreicht. Unsere Fraktion hat in den letzten Jahren bei jedem Rechnungsabschluss gesagt, dass wir uns weder an zu hohe Überschüsse noch an zu hohe Konsumausgaben gewöhnen dürfen. Ausreichend Beachtung – und dies erwähnen wir eben alle Jahre – ist den Folgekosten zu schenken. Diese belasten den Finanzhaushalt langfristig und nachhaltig. Nebst dem NFA werden die Spuren der gegenwärtig rezessiven Wirtschaftsphase in naher Zukunft ihren Niederschlag im städtischen Finanzhaushalt zweifellos finden. Schonender Umgang mit den finanziellen Ressourcen wird in naher Zukunft das Gebot der Stunde sein. Das wird sich der Stadtrat bereits für das Budget 2004 stark zu Herzen nehmen müssen. Bei dieser Gelegenheit

kann ich es der Repetition halber nochmals sagen: Steuererhöhungen und/oder das Erheben neuer Abgaben sind für die FDP nach wie vor ausser Traktandum. Die neuste Studie der Credit Suisse belegt hohe Standortqualität für den Kanton Zug. Sie sagt klar aus, dass ein zurückhaltender öffentlicher Sektor und eine tiefe Steuerbelastung entscheidend zu einer reichen Ernte beitragen können. Es geht deshalb nicht an, dass der SGU-Vorsteher in einem Artikel der Neuen Zuger Zeitung vom Mai dieses Jahre über die Erhebung eines sogenannten Stromrappens sinniert. Gedanken machen darf man sich zwar immer. Es ist jedoch demokratisch nicht opportun, zwei Jahre nach der Eliminierung der Konzessionsgebühren bereits wieder mit einer neuen ähnlichen Abgabe zu liebäugeln. Ich kann hier nur nochmals daran erinnern, dass die Bürgerlichen zusammen mit der SP diese Abstimmung mit 85 % Ja-Stimmen gewonnen haben. Meine Damen und Herren, wir müssen zusammen stehen und unsere hart errungene Stellung sorgfältig pflegen, damit wir auch in Zukunft unseren Wohlstand halten mögen. Der Sparappell muss in Anbetracht der nun doch eingetretenen rückläufigen Steuererträge bis zum Budget hin in alle Dikasterien durchdringen. Speziell der Schulabteilung, deren Budgets in den letzten Jahren trotz stagnierenden Schülerzahlen stetig üppig zunahm, würde ein Trimmen auf eine Bikinifigur gut anstehen. Wir haben immer gesagt, dass der Stellenwert des Bildungsbereichs in der Standortgunst kein unbedeutender Faktor ist. Aber Abwerfen von Ballast und sogenannten nice-to-have Angeboten schwächt den guten Standard, den die Stadt Zug sich leistet, nicht. Im Gegenteil, es gibt Raum und Ressourcen für die Stärkung der Kernaufgaben, nämlich die Bildung. Und darauf muss sich unser Bildungssystem wieder vermehrer ausrichten. Selbstverständlich sind für die FDP die Anpassungen an die gesellschaftspolitischen Veränderungen dadurch nicht ausgeschlossen. Sie gehören für uns in die Need- und nicht in die Nice-to-have-Kategorie. Die FDP unterstützt sämtliche angelaufenen Untersuchungen bezüglich der Überprüfung der exorbitant steigenden Pflegekosten. Diese werden uns in der Zukunft noch schwer zu schaffen machen. In dieser Frage ist der Stadtrat zusammen mit der Regierung extrem gefordert. In diesem Sinne möchten wir dem Stadtrat und sämtlichen Mitarbeitenden der Verwaltung unseren Dank aussprechen. Sie alle haben Anteil am ansprechenden Ergebnis 2002."

Peter Kündig: Die CVP wird die erfreuliche Verwaltungsrechnung 2002 genehmigen und vom interessanten Verwaltungsbericht zustimmend Kenntnis nehmen. Ich denke, dieses Mal war es sehr knapp, dass uns der Stadtrat nochmals einen positiven Rechnungsabschluss präsentieren konnte. Dies wird deutlich, wenn Sie Handfestes mit Handfestem, nämlich das Ergebnis 2002 mit der Rechnung 2001 und nicht mit dem Budget vergleichen. Während innerhalb eines Jahres die Erträge um rund 2,5 Mio. Franken zurückgingen, stiegen die Ausgaben innert Jahresfrist um über 7,5 Mio. Franken. Diese gegenläufige Entwicklung ist ein erstklassiges Warnzeichen, erst recht in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld den anstehenden Belastungen im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Stadt, dem NFA und dem absehbaren Mehraufwand im Gesundheits- und Pflegebereich. Keine Frage, auch für den Stadtrat und die Verwaltung stehen hier heikle Aufgaben an. Der Stadtpräsident hat vorhin darauf hingewiesen. Die Probleme werden offenbar in der Stadt zur Kenntnis genommen und ange-

gangen. Abschliessend danke ich dem Stadtrat, den Mitarbeitenden in der städtischen Verwaltung und der Lehrerschaft für den Einsatz zugunsten der Zuger Bevölkerung."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger nimmt zu den verschiedenen Voten Stellung:

- Zu Gemeinderätin Erna Staub: Auch in der GPK wurde über den Umfang der gedruckten Jahresrechnung diskutiert. Eigentlich erachtet es der Stadtrat als richtig, zwei verschiedene Fassungen zu drucken, nämlich die ausführliche Fassung von Jahresbericht und Jahresrechnung an alle GGR-Mitglieder und die Kurzversion an alle Haushaltungen. Die Kurzversion findet bei verschiedenen Haushaltungen und Personen ansprechenden Anklang und dient der Aufklärung über die Verwendung der städtischen Gelder. Der Stadtrat ist aber inzwischen ebenfalls zur Meinung gekommen, dass bei der ausführlichen Fassung durchaus Handlungsbedarf besteht, indem eine kompaktere Ausführung besser wäre. Die statistische Aufarbeitung ist aber nötig, verfügt doch die Stadt Zug über kein statistisches Amt. Der Stadtrat wird sich jedoch bemühen, nächstes Jahr eine kompaktere Version der langen Berichte zu verfassen.
- Zu Gemeinderat Roland Neuner: GGR und GPK haben früher darauf gedrängt, dass die Beiträge gesamthaft unter dem Finanzdepartement verbucht werden. Das heisst aber noch lange nicht, dass das Finanzdepartement der Auslöser für diese Beiträge ist. Inzwischen ist eine Gesetzesrevision durchgeführt worden. Zudem hat sich der Stadtrat mit einem Phänomen zu beschäftigen, nämlich dem ausserordentlich hohen Eintrittsalter in den Alters- und Pflegeheimen. Dies bringt mit sich, dass sich sehr viele Leute erst in die Alterspflege begeben, wenn sie pflegebedürftig sind. Dadurch entwickelt sich diese Pflegebedürftigkeit sehr rasch. Auch in der kantonalen Gesetzgebung, welche die Unterstützungsbeiträge regelt, gibt es Lücken, die nicht zu einer positiven Entwicklung führen. Hier muss das Problem angegangen werden. Die Vertragsverhandlungen mit der Spitex werden nach Vorliegen des betriebswirtschaftlichen Untersuchungsberichtes, welcher kürzlich in Auftrag gegeben wurde, aufnehmen. Dies wird zirka im Herbst dieses Jahres sein. Die GPK wird darüber laufend informiert.
- Zu Gemeinderat Martin Stuber: Es trifft zu, dass die Reduktionen der Kapitalsteuer auf S. 26 der Vorlage aufgeführt und begründet sind. Die Interpretation des stadträtlichen Sprechers und diejenige von Gemeinderat Martin Stuber ist aber aus politischer Sicht völlig divers. Der Sprechende hat seit Jahren in diesem Rat darauf verwiesen, dass die Kapitalsteuer in so grossen Zahlen durchschlagen wird. Die Stadt Zug sowie fast alle Gemeinden des Kantons haben zudem in der Vernehmlassung zur Steuergesetzgebung des Kantons die Reduktion der Kapitalsteuer bis auf fast Null befürwortet. Zu dieser Befürwortung steht der stadträtliche Sprecher noch heute, weil die Kapitalsteuer im Vergleich zu anderen Kantonen, aber auch im internationalen Vergleich ein völliger Anachronismus war. Damals hat der Stadtrat klar ausgesagt, dass, um die Wirtschaft aufrecht erhalten zu können, bei dieser Steuer angesetzt werden muss. Schon damals verwies der stadträtliche Vertreter darauf, dass wesentliche und spürbare Einbussen eintreffen werden. Solche attraktive Massnahmen braucht die Stadt Zug aber, um zumindest den Standort Zug als Wirtschaftsplatz hal-

ten zu können. Es macht absolut keinen Sinn, den nationalen Finanzausgleich als Teufel an die Wand zu malen. Es muss jetzt mit der Aufgabenteilung den Positionen zu Leibe gerückt werden, welche entsprechend verteilt werden müssen. Die Gemeinden vertreten hiezu eine klare Position: wo zukünftig eine Aufgabe stärker oder ganz übernommen werden muss, wollen sie auch das Sagen haben. Es wird nicht die Lösung sein, dass der Kanton das Sagen hat und die Gemeinden die Kosten tragen müssen.

Stadtrat Andreas Bossard bezieht sich auf die dreimal höheren Heimkosten. Es haben u.a. verschiedene Kinderschutzmassnahmen zu diesen Kostenerhöhungen geführt. Die Arbeit auf dem Sozialamt wird für die Schwächsten der Gesellschaft getätigt und ist in ein politisches System eingebettet, welches von Bund, Kanton und den Gemeinden getragen wird. Offenbar sind diese Aussagen im ausführlichen Jahresbericht etwas ideologisch gefärbt. Der stadträtliche Sprecher kann sich durchaus mit diesen noch von seinem Vorgänger verfassten Ausführungen identifizieren. Zum Stromrappen hält der stadträtliche Sprecher wiederholt fest: Er ist im betreffenden Zeitungsartikel nicht abgebildet und hat dazu auch keine Aussagen gemacht. Trotzdem kann dies kurz kommentiert werden: Die Energiekommission hat mit den Energiebeiträgen Probleme. Einige Beiträge wurden nach altem Reglement bewilligt. Dadurch könnten sich Wartezeiten ergeben, bis die bewilligten Beiträge ausbezahlt werden. Anhand der Luzerner Idee haben der Stadtökologe und der stadträtliche Sprecher sich dazu geäussert, sie haben aber nicht ausgesagt, dass sie den Stromrappen einführen möchten. Der stadträtliche Sprecher ist sich durchaus bewusst, dass die bewilligten Beiträge von Fr. 450'000.-- genügen müssen.

## **Abschnittweise Beratung der Rechnung und des Verwaltungsberichtes 2001**

*Bericht und Antrag des Stadtrates (S. 2 - 4)*

Keine Wortmeldungen

*Verwaltungsrechnung (S. 5)*

Keine Wortmeldungen

*Hauptzahlen (S. 6)*

Martina Arnold: Bei Ziff. 5, Anzahl Personaleinheiten, ist der Unterschied zwischen Voranschlag und Rechnung sehr beachtlich. Bei den Mitarbeitern waren 229.88 Personaleinheiten budgetiert. Effektiv waren es 246.13, was einer Überschreitung von 16,25 entspricht. Bei den Lehrpersonen ist die Differenz umgekehrt, waren doch 229.3 geplant und es sind effektiv nun 221.42, also - 7.88 Personaleinheiten. Die Sprechende wünscht hiezu eine Erklärung.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger kann diese Antwort zurzeit nur unvollständig abgeben und schlägt daher vor, nach Rücksprache mit dem Personaldienst in einem schriftlichen Bericht an die GPK detailliert und richtig begründet Auskunft zu geben.

Martina Arnold erklärt sich damit einverstanden.

#### *Institutionelle Gliederung (S. 7)*

Keine Wortmeldungen

#### *Bestandesrechnung (S. 8 - 9)*

Keine Wortmeldungen

#### *Laufende Rechnung nach Kostenarten*

Keine Wortmeldungen

#### ***Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung***

##### *1. Präsidialdepartement (S. 12 sowie S. 18 - 21)*

Martina Arnold: Gemäss Departementsziel 5 wird ein neues Modell zur Ergänzung der bisherigen Kulturförderung evaluiert und 2003 umgesetzt. Erhält der GGR hierzu eine Vorlage?

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Zu diesem Modell werden die GGR-Mitglieder in den Legislaturzielen weitere Informationen erhalten. Diese werden zurzeit redaktionell überarbeitet und anschliessend sowohl dem GGR wie auch allen Haushaltungen zugestellt. Grundsätzlich handelt es sich um ein gemischtwirtschaftliches Modell mit stärkerer Beteiligung der Privatwirtschaft an der Finanzierung der Kulturaufgaben. Dies ist in einigen Fällen bereits erfolgreich realisiert worden.

##### *2. Finanzdirektion (S. 13 sowie S. 22 - 27)*

Keine Wortmeldungen

##### *3. Bildungsdepartement (S. 14 sowie S. 28 - 34)*

Martina Arnold bezieht sich auf das Departementsziel Nr. 5 S. 14: Nachdem die Verlegung der Skateboardanlage auf Frühjahr 2003 vorgesehen war, erwartet die Sprechende hierzu nähere Informationen, wünschen sich die Jugendlichen doch dringend eine neue Anlage.

Stadträtin Vreni Wicky: Das Ziel der Verlegung der Skateboardanlage bis Frühjahr 2003 konnte nur bedingt erfüllt werden. In Zusammenarbeit mit dem Baudepartement werden nun verschiedene Plätze evaluiert. Die Skateboardanlage ist auf das Stierenmarktareal verlegt worden. Es fehlt aber die feste Installation. In Zusammenarbeit mit Jugendlichen soll eine ähnliche Lösung wie in Hünenberg präsentiert werden. Zudem werden Gespräche mit dem Kanton geführt, ob die Skateboardanlage in Zug allenfalls regional erstellt werden kann und der Kanton sich daran beteiligen könnte.

Martina Arnold spricht zu Konto 370 433.00, Tagesschule, Elternbeiträge: Erfreulicherweise hat die Vorsteherin des Bildungsdepartementes erreicht, dass gut situierte Eltern auch angemessene Beiträge an die Tagesschule bezahlen. Diese Elternbeiträge sind heute um ein Viertel höher als geplant. "Vielen Dank, das ist Ihr persönlicher Verdienst."

#### *4. Baudepartement (S. 15 sowie 35 - 39)*

Keine Wortmeldungen

#### *5. Sicherheitsdepartement (S. 16 sowie 40 - 47)*

Keine Wortmeldungen

#### *6. SGU-Departement (S. 17 sowie S. 48 - 50)*

Lea Zehnder äussert sich zu Konto 620 300.11, Sozialamt, Arbeitsgruppe Jugendpolitik: Die budgetierten Fr. 3'000.-- wurden nicht ausgegeben, da die Arbeitsgruppe Jugendpolitik nicht aktiv war. Wie begründet sich dies, ist die Arbeitsgruppe inzwischen wieder tätig geworden? Im Voranschlag des laufenden Jahres sind wiederum Fr. 3'000.-- für diese Arbeitsgruppe budgetiert. Die Arbeit dieser Gruppe ist sehr notwendig, da die Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten im letzten November vom GGR abgelehnt worden ist.

Stadtrat Andreas Bossard: Die Stelle des städtischen Jugendbeauftragten ist im letzten Herbst nicht bewilligt worden. Die Arbeitsgruppe hätte ihre Arbeit gerne aufgenommen, um der städtischen Jugendpolitik neue Impulse zu geben. Es macht aber keinen Sinn, momentan die Arbeitsgruppe zu aktivieren, wenn die nötigen Mittel hierfür nicht zur Verfügung stehen. Der stadträtliche Sprecher konzentriert daher seine Arbeit eher auf die Alterspolitik. Trotzdem wird aber der stadträtliche Vertreter diese Arbeitsgruppe wenn immer möglich wieder aktivieren, da gewisse Probleme bestehen und auch gelöst werden müssen.

#### **Investitionsrechnung (S. 51 - 55)**

Keine Wortmeldungen

## **Abgerechnete Verpflichtungskredite (S. 56)**

Keine Wortmeldungen

## **Jahresbericht (S. 3 - 88)**

Marianne Zehnder spricht zu S. 53, Geschwindigkeitskontrollen: Die Anzahl der Kontrollen Radar und Laser beliefen sich im Jahr 2001 auf 83, im Jahr 2002 79. Es wurden 10% mehr Autos kontrolliert. Die Geschwindigkeitsüberschreitungen und Verzeigungen stiegen jedoch um fast 25% an.

Hans Christen beantwortet die gestellte Frage ausserhalb der Sitzung der Fragestellenden direkt.

Dominik Schwerzmann äussert sich zu Ziff. 3.6.3, Sozialamt Zug (S. 61): Hier ist ein politisches Leitbild zu lesen, wie die Sozialämter in Zug inskünftig zu gestalten sein werden. Andererseits gibt sich Stadtrat Andreas Bossard sehr karg, wenn es um die Kommentierung von Jugendpolitik geht. Wenn zwei so junge Mitglieder in den GGR gewählt werden, ist wohl Jugendpolitik in der Stadt Zug mindestens so ein Thema wie die Alterspolitik. Die Jugendpolitik darf aber nicht vergessen werden. Der GGR hat bei der Ablehnung des Jugendbeauftragten sicherlich nicht eine Jugendpolitik in Abrede gestellt, sondern die Stelle in Frage gestellt und kritisiert. Es ist dem Sprechenden sehr klar, dass Stadtrat Andreas Bossard als Vorsteher der SGU-Abteilung auch verantwortlich ist für die Jugendpolitik. Es ist nicht angebracht, dass nun eine Resignationsstrategie aufgezeigt wird, indem auf die fehlenden Mittel verwiesen wird. Es bestehen Anliegen, Probleme und Potential bei den Jugendlichen. Dazu gehören auch künstlerische und kreative Begabungen. Bevor jemand Resignation zeigt, sei auf das Jugendparlament verwiesen, auf den Verein Zuger Jugendtreffpunkte, die Jugendbeiz Podium 41 usw. Aufgrund dieser und weiterer Aufzählungen darf die Jugendpolitik nicht vernachlässigt werden. Der Sprechende verlangt vom Stadtrat und vom SGU-Departement ein Bekenntnis zur Jugendarbeit. Wenn es nicht mit der Arbeitsgruppe Jugendpolitik geschehen kann, wird es mit dem Potential im Rat und in den verschiedenen Institutionen gelingen, Jugendpolitik aktiv und vorwärtsschreitend zu betreiben, ohne dass zunächst über Geld diskutiert werden muss. Wenn es um Geld geht, kann der Stadtrat dem GGR eine Vorlage unterbreiten.

Stadtrat Andreas Bossard sah seine abgegebene Stellungnahme nicht als Resignation, sondern als Provokation. Es haben departementsintern schon oft Gespräche bezüglich Jugendpolitik stattgefunden. Die Möglichkeiten schränken sich jedoch aufgrund der fehlenden Ressourcen selbst ein. Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, den Alimentenborschussungen, Arbeitslosenzahlen usw. sind die Anzahlen der Dossiers massiv angestiegen. Die Arbeitslosenquote ist von 2,8 auf 4,2 % gestiegen. Die vormundschaftlichen Mandate sind um 10% gestiegen. Bei der Altersbetreuung ist die Anzahl der Pflegetage um 15'000 angestiegen. All dies ist mit dem gleichen Personal zu bewältigen. All dies

führt dazu, dass die Jugendpolitik zu einem Randthema verkommt, für welches nur noch sehr wenig zeitliche Ressourcen vorhanden sind. In diesem Umfeld bewegt sich der stadträtliche Vertreter, möchte aber trotzdem das Beste daraus machen. So wird nächstens einmal ein Gespräch mit der Arbeitsgruppe Jugendpolitik über die weitere Zukunft geführt werden.

Patrick Cotti hat durchaus Verständnis für den Vorstoss von Dominik Schwerzmann. Es ist aber nicht richtig, wenn der GGR dem Stadtrat die Verströmung depressiver Stimmung vorwirft. Es liegt vor allem in der Verantwortung des GGR, welcher verschiedene Vorstösse abgelehnt hat. Der Sprechende begrüsst die Haltung von Stadtrat Andreas Bossard.

Dominik Schwerzmann geht es nicht darum, Stellen, Büros oder Expertengremien zu schaffen, sondern darum, Jugendarbeit zu schaffen, welche auf der Strasse, in Restaurants und auf der grünen Wiese stattfindet. Einzelmassen bringen in der Regel nichts. Taten sind gefragt und nicht Instanzen. Die Jugendlichen sind selbst genug fähig, Massnahmen einzuleiten oder durchzuführen. Es käme auch der grossen Arbeitslast des SGU sehr entgegen, wenn man die Jugendlichen selber machen liesse und nicht den Verwaltungsapparat aufbläht.

Patrick Cotti: Offensichtlich fehlt die nötige Koordination. Es ist wichtig, dass die Stadt eine Position einnimmt. Der Verwaltung muss der nötige Spielraum geschaffen werden, was jedoch nur möglich ist, wenn gleichzeitig die finanziellen Mittel gesprochen werden.

Monika Mathers stimmt zu: Jugendarbeit wird auf der Strasse, in den Restaurants und auf der Strasse gemacht. Aber auch das sind Stellenprozente. Viele haben die gegenteilige Erfahrung wie Dominik Schwerzmann gemacht, welcher behauptet, die Jugendlichen würden selbst aktiv. Es ist richtig, dass in der Jugendpolitik etwas getan werden muss und diese nicht einfach kurz abgehandelt werden darf. Die Konsequenzen müssen aber gezogen werden. Die Sprechende hat Probleme damit, hört man doch, wenn es um soziale Anliegen geht, sehr rasch das Wort "Wasserköpfe". Bei baulichen Anliegen ist dies viel weniger der Fall.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger kündigt an, dass in den Legislaturzielen des Stadtrates die Schaffung eines Jugendforums enthalten sein wird.

Zum Jahresbericht wird das Wort nicht mehr verlangt.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Werner Golder erklärt so beschlossen.

**Schlussabstimmung:**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 37:0 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

# **B e s c h l u s s** des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1346 betreffend Jahresrechnung und Verwaltungsbericht 2002

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1725 vom 1. April 2003:

1. Die Jahresrechnung und der Verwaltungsbericht 2002 werden genehmigt.
2. Die Abrechnungen der in der Jahresrechnung auf Seite 56 aufgeführten 17 Verpflichtungskredite mit einem Gesamtkredit von Fr. 34'012'664.15 werden genehmigt.
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 4. Verwendung Ertragsüberschuss Laufende Rechnung 2002

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1736

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1736.1

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

Ivo Romer, Präsident GPK: "Ich orte hitzige Gemüter in gekühltem Saal? Im Ernst: in der GPK hat eine intensive Diskussion quer durch die Parteienlandschaft über die Verwendung des Ertragsüberschusses stattgefunden. Der knapp abgelehnte Umverteilungsantrag ist protokollarischer Zeuge dieser hitzigen Diskussion, wobei nicht nur über das Ist, sondern auch über die Zukunft und die Folgen davon nachgedacht wurde. Verstehen Sie diese Diskussion und auch die Umverteilungsdiskussion in der GPK als ein Zeichen an den Rat. Die nächste Budgetdebatte steht bevor. In diesem Sinne ersuche ich Sie, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen."

Erna Staub: "Die Verwendung des Ertragsüberschusses ist jedes Jahr ein Thema mit geteilten Meinungen und mehr oder weniger Emotionen. Zuerst darf festgehalten werden - Es geht uns gut - und die grossen Steuereinbrüche, wie sie von den Pessimisten immer wieder dargestellt werden, treffen nicht ein. Bei den Steuereinnahmen gelten wir als Spitzenkanton. Es ist dies nicht nur das Verdienst der Sonnenuntergänge, sondern auch altverdienter Investoren und Politiker. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es uns nicht zusteht, die Unterstützung von ärmeren (nicht selbstverschuldeten) Berggemeinden, welche nicht unbedingt das Glück haben, auf der Sonnenseite des Lebens zu stehen, zu kürzen. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrates und befürworten den Betrag von Fr. 500'000.00 für Hilfeleistungen im In- und Ausland (es dürfte sogar es bitzeli meh si). Die Fr. 500'000.-- tun unserem Image gut. Der Steuerausgleichsfonds weist einen Betrag von 15 Mio. aus. Aus Sicht der SP-Fraktion soll dieser zweckgebundene Fonds nicht weiter geöffnet werden. Wir lehnen daher eine Einlage von Fr. 2,5 Mio. ab und stellen folgenden Antrag zur Verteilung des Ertragsüberschusses:

1. Hilfeleistungen im In- und Ausland Fr. 500'000.00
2. Einlage in freies Eigenkapital Fr. 2'973'494.44

Wir danken Ihnen für die Unterstützung unseres Antrages."

Roland Neuner: "Soeben haben wir die Jahresrechnung 2002 verabschiedet. Sicher gehen sie mit mir einig, dass am Finanzhimmel der Stadt und Kanton Zug langsam düstere Wolken aufziehen. Der Stadtrat beantragt Ihnen, gemäss der löblichen Tradition der doch sehr respektablen Summe von Fr. 500'000.- aus dem Ertragsüberschuss 2002 in den Hilfsfond für das In- und Ausland zu zustimmen. Der Saldo dieses Rückstellungskonto für Hilfeleistung beträgt gemäss Bilanz die stolze Summe von Fr. 1'021'000.--. Davon gehen gemäss GGR-Beschluss Fr. 150'000.-- an die Gemeinde Saas-Ballen und je Fr. 100'000.-- an die Gemeinden Movelier und Versam. Wie man aus dem Antrag des Stadtrates entnehmen kann, liegen weitere Gesuche von Gemeinden und Hilfswerken vor. Diese Aussage erstaunt um so mehr, als in der Jahresrechnung unter Konto 294 365 20, Beiträge aus Rückstellung für Hilfeleitungen, man schwarz auf weiss lesen kann : "zu wenig Gesuche eingegangen" - also ein Widerspruch! Bei der Detailberatung in der GPK wurde der Antrag des Stadtrates Ziff. 1.1. nur ganz knapp mit nur 3:4 Stimmen gutgeheissen. Hilfeleistungen müssen unbedingt je nach der finanziellen Situation gesprochen werden und können nicht mit traditionellen Praxis-Überlegungen einfach Jahr für Jahr weitergeführt werden. Wir müssen uns bewusst sein, dass nur Dank der Aufnahme von Fremdkapital erst im Januar 2003 zur Sanierung der Pensionskasse, sowie die Verschiebung einiger Investitionen und diverse Projekte in die Rechnung 2003 die Jahresrechnung mit schwarzen Zahlen abschloss. Nun schreiben wir zurzeit bereits rote Zahlen. Deshalb müssen wir bereits heute, aber sicher spätestens bei der Behandlung des Voranschlags 2004 den Rotstift spitzen. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass, bedingt durch die momentane wirtschaftliche Situation, sprich Konkurse, Firmenschliessungen, massive Zunahme der Arbeitslosigkeit (besonders in Kanton Zug) usw., das Budget für das Jahr 2003 nur mit Einsparungen und Glück realisierbar ist. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, aufgrund der zu erwarteten Rückgänge der Steuereinnahmen nicht nur 2,5 Mio. Franken, sondern 3 Mio. Franken als Einlage in den Steuerausgleich zu verwenden. Somit beantragen wir, den Ertragsüberschuss der Verwaltungsrechnung 2002 von CHF 3'473'494.44 wie folgt zu verwenden:

Einlage in Steuerausgleich	Fr.	3'000'000.00
Hilfeleistungen im In- und Ausland	Fr.	200'000.00
Einlage in freies Eigenkapital	Fr.	273'494.44

Wenn Sie diesen Antrag unterstützen, helfen Sie mit, eventuelle Steuererhöhung abzufedern. Ich danke Ihnen für ihre Unterstützung."

Martina Arnold: "Im Gegensatz zum Vorredner erachte ich den Himmel von Zug immer noch als schön blau und klar. Es ist eine erfreuliche Tatsache, dass die Jahresrechnung 2002 unserer Stadt mit einem positiven Rechnungsergebnis abschliesst, mit fast 3,5 Mio. Franken Ertragsüberschuss. Im Voranschlag wurde mit einem Defizit von mehr als einer halben Million Franken gerechnet. Somit hat die Stadt Zug ungefähr 4 Mio. Franken mehr zur Verfügung als vorausgesehen. In der Vorlage 1736 gibt uns der Stadtrat bekannt, was er mit diesem überschüssigen Geld zu tun gedenkt. Neben der Einlage von ungefähr einer halben Million Franken ins freie Eigenkapital sollen 2,5 Mio. Franken in die Steuerausgleichsreserve gelegt werden, womit dieses Extrakässeli 17,5 Mio. Franken enthalten wird. Ein wahrhaft dickes Polster für Steuerausfälle und schlechte Zeiten.

Nun, niemand weiss mit Sicherheit, wie sich die Steuererträge in den nächsten Jahren entwickeln werden. Was wir aber sicher wissen, ist, dass es jetzt den meisten anderen Gemeinden, vielen Orten im In- und Ausland, weniger gut geht als der Stadt Zug, teils ausgesprochen schlecht. Es ist deshalb verständlich, dass unser Stadtrat wiederum Fr. 500'000.-- aus dem Ertragsüberschuss für Hilfeleistungen im In- und Ausland verwenden will. Wir wissen, dass unser Finanzchef sorgfältig mit den Gesuchen um Hilfeleistung umgeht. Das zeigen die Vorlagen, die wir für jede Hilfeleistung separat bekommen. Denken wir nur an die letzten, wo für zwei Berggemeinden Beiträge an dringend nötige Schulhaussanierungen gesprochen wurden. Für mich wäre es nicht nachvollziehbar, heute diese Rückstellung (sie ist diesmal ein Siebtel des Überschusses) zu kürzen oder gar zu streichen. Mit solchen Massnahmen würden wir den Sparhebel am falschen Ort ansetzen. Wenn wir schon sparen wollen, dann zum Beispiel beim nächsten Voranschlag. Schauen wir, dass wir bei den kommenden Ausgaben nicht überborden, u.a. damit es möglich bleibt, diese zur Tradition gewordene Rückstellung für Hilfeleistung weiterhin vorzunehmen."

Patrick Cotti: Der Antrag einer Minderheit der GPK, die Hilfeleistungen im In- und Ausland von Fr. 500'000.-- auf Fr. 300'000.-- zu reduzieren, ist aus unserer Sicht absolut inakzeptabel. Wie soll der Bevölkerung und vor allem unseren Freundeidgenossinnen und -genossen klar gemacht werden, dass wir auf Sparkurs sind, wenn wir einen Ertragsüberschuss von 3,5 Mio. Franken im vergangenen Jahr ausweisen, unsere Steuerreserve geplante 17,5 Mio. Franken enthält und wir überdies noch Ende des letzten Jahres uns einen Steuerrabatt von zusätzlichen 5% leisten? Es ist schlicht hanebüchen, mit vollem Bauch zu sagen, dass wir nun auf Sparkurs wenden. In fünf Jahren haben wir 56 Mio. Franken Überschuss erzielt. Fr. 500'000.-- sind kein Betrag angesichts dieser Zahlen. Ausserdem haben wir unseren Beitrag der jährlich gesprochenen Hilfeleistung auch nicht angehoben, als wir noch grössere Überschüsse verzeichnet haben. Nein: Nur aus Angst vor dem kantonalen Finanzausgleich, vor dem Damoklesschwert NFA, sollen keine falschen Signale gesetzt werden. Ehrlich gesagt: das alljährlich seit mindestens zehn Jahren wiederkehrende Gejammer vom schwierigen wirtschaftlichen Umfeld habe ich satt. Solches Gejammer ist einfach unseriös. Deshalb stellen wir heute bewusst den Antrag, die Hilfeleistung von Fr. 500'000.-- auf 1 Mio. Franken anzuheben und den Rest ins Eigenkapital fliessen zu lassen."

Monika Mathers: "Mir stockte der Atem, als ich vom Antrag in der GPK las, dieses Jahr weniger in den Fond für Hilfeleistungen im In- und Ausland einzuzahlen und schluckte dann gerade nochmals zweimal leer, als ich sah, mit welchem knappem Verhältnis er abgelehnt wurde. Lassen wir doch all das Politiker Gerede und die juristischen Phrasen beiseite. Hier geht es um eines: um unsere Selbstachtung, unsere Weltanschauung, um Ethik und Moral. Oder sind wir so tief gefallen, dass wir nur noch dem kollektivem Egoismus frönen? Seit mehr als einem Vierteljahrhundert lebe ich in Zug. Ich kann mich nur an Überschüsse und konstante Steuersenkungen erinnern. Wir haben Kässeli geöffnet, um unsere Scheune ja voll zu haben, wenn einmal magere Jahre kommen sollten. Sie sind noch nicht da, doch sie könnten eine Möglichkeit werden. Was machen wir?"

Wir wollen noch mehr in die schon gut gefüllte Scheune stopfen und entschuldigen uns bei den leeren Bäuchen, dass wir halt für unsere eventuell schlechteren Zeiten sparen müssten. Dass die Bittsteller vielleicht nie gute gekannt haben oder wenigstens jetzt in einer prekären Situation sind, das lässt uns kalt. Ich will nichts davon hören, dass wir das unsern Steuerzahlern schuldig seien. Die meisten von uns schimpfen sich Christen oder sind sogar aktive Kirchgänger. Ein solcher Antrag ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden, der noch ruhig in den Spiegel schauen will. Wie heisst es: Eher kommt ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in den Himmel. Lassen wir das Kamel draussen und bleiben wir ein Mü weniger reich, denn je reicher einer ist, desto leichter ist es für ihn, ein Lump zu sein. Der Antrag Roland Neuner darf aber um Himmels Willen keine Chance haben."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Offenbar ist dies eine wesentlich hitzigere Debatte als die ganze Jahresrechnung 2002. Man kann sich an der Verteilung vor allem dieser Fr. 500'000.-- so richtig ins Zeug legen. Die Anträge können unterschiedlicher nicht sein: ein Antrag Roland Neuner, diesen Betrag für Hilfeleistungen zu kürzen, ruft einen Gegenantrag von Patrick Cotti hervor. Es hat durchaus seine Tradition, dass man sich gegenseitig überbietet. In der Vorlage konnte gelesen werden, dass die Hilfeleistungen seit 1987 immer im gleich hohen Betrag gesprochen werden. Von einer Teuerungsbereinigung ist also keine Spur zu sehen. Der Stadtrat geht mit diesem Geld sehr sorgfältig um und kann daher offen darlegen, dass 1 Mio. Franken, die in vergangenen Jahren zurückgestellt wurden, noch nicht verbraucht sind. Selbstverständlich sind viel mehr Gesuche eingegangen. Es waren aber zu wenig qualifizierte Gesuche darunter. Teilweise waren es auch Gesuche, welche die Hilfswerke selbst aus politischen Gründen wieder zurücknehmen mussten. Der Stadtrat hat entsprechend darauf reagiert. Nachdem die Fr. 500'000.-- auch in Zeiten mit Überschüssen von 21 oder 22 Mio. Franken eine fixe Grösse waren, können sie das auch im Jahr 2000 sein. Der Überschuss ist der kleinste seit 1994, als er aufgrund der bekannten wirtschaftlichen Umstände ca. 2,5 Mio. Franken betrug. Auch damals wurde von aufziehenden dunklen Wolken am Finanzhimmel von Zug gesprochen, obwohl der NFA noch kein Thema war. Der Antrag des Stadtrates hat daher durchaus seine Berechtigung. Eine Reduktion ist eine Zeichensetzung, welche sich die Stadt Zug nicht leisten will.

Roland Neuner: In jeder Familie werden die Ausgaben ans Budget angepasst. Das sollte auch bei der Stadt Zug so sein. Da Zug sich bereits in den roten Zahlen bewegt, müsste die Anpassung vorgenommen werden. Wenn wieder bessere Zeiten kommen, können die Beträge natürlich auch wieder erhöht werden.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Der Stadtrat mischt sich nicht in die Diskussion um den Steuerausgleich ein. Es spielt keine Rolle, ob die Zuweisung in die Steuerausgleichsreserve oder ins Eigenkapital erfolgt. Liquidier wird die Stadt Zug dadurch um keinen Rappen.

### **Abstimmung**

über den Antrag der SP-Fraktion, keine Äufnung des Steuerausgleichs vorzusehen:  
Für den Antrag der SP-Fraktion stimmen 12 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 25 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR den Antrag der SP-Fraktion, keine Äufnung des Steuerausgleichs vorzusehen, mit 25:12 Stimmen abgelehnt hat.

### **Abstimmung**

über die folgenden Anträge für Hilfeleistungen im In- und Ausland:

- Antrag des Stadtrates: Fr. 500'000.--
- Antrag der SVP-Fraktion: Fr. 200'000.--
- Antrag Patrick Cotti: Fr. 1'000'000.--

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 19 Ratsmitglieder, für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 7 Ratsmitglieder und für den Antrag Patrick Cotti stimmen 11 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates mit 19 Jastimmen das absolute Mehr erreicht hat und somit gutgeheissen ist.

Roland Neuner zieht seinen Antrag bezüglich Einlage ins Eigenkapital zurück.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 3 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Werner Golder erklärt so beschlossen.

### **Schlussabstimmung:**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 35:2 Stimmen dem Antrag des Stadtrats zu.

# B e s c h l u s s

des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1347  
betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2002

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1736 vom 6. Mai 2003:

1. Der Überschuss der Laufenden Rechnung 2002 im Betrag von Fr. 3'473'494.44 ist wie folgt zu verwenden:
  - 1.1. Hilfeleistung im In- und Ausland Fr. 500'000.00
  - 1.2. Einlage in Steuerausgleich Fr. 2'500'000.00
  - 1.3. Einlage in freies Eigenkapital Fr. 473'494.44
2. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## **5. Informatikstrategie der Stadtverwaltung: Kenntnisnahme**

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1723

Bericht und Antrag der ITK Nr. 1723.1

### **Eintreten**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### **Detailberatung**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Werner Golder stellt fest, dass der GGR stillschweigend von der Informatikstrategie des Stadtrates Kenntnis genommen hat.

## **Mitteilungen des Ratspräsidenten**

Ratspräsident Werner Golder bedankt sich für die am 6. und 26. Mai 2003 durchgeführten Informationsveranstaltungen mit Rundgang durch die Stadtverwaltung bei Stadtrat und Mitarbeitenden herzlich. Das grosse Interesse seitens der GGR-Mitglieder zeigte, dass diese einem echten Bedürfnis entsprachen. Wohl war die Zeit zum Rundgang etwas knapp, um mit den Mitarbeitenden vertieft ins Gespräch zu kommen. Es gibt aber sicher Gelegenheiten, zu ausgesuchten Themen wieder miteinander in Kontakt zu treten. Das Büro schlägt zudem vor, die Departementssekretäre, allenfalls auch Mitarbeitende, welche in den Kommissionen häufig für fachliche Auskünfte zur Verfügung stehen, jeweils an das traditionelle Nachtessen im November einzuladen. Das Büro ist überzeugt, dass dies gegenseitigem Verstehen und Vertrauen förderlich ist.

Der Familienausflug des GGR findet Sonntag, 24. August 2003, statt. Hiezu wird noch vor den Sommerferien eine persönliche Einladung mit Anmeldung verschickt.

Patrick Steinle und seine Frau haben gestern ihren Sohn Felix erhalten. Der Ratsvorsitzende gratuliert namens seiner Ratskolleginnen und Ratskollegen herzlich.

Am 23. Mai 2003 wurden anlässlich der Vernissage der Zuger Abfalltage die Prototypen von Abfallbehältern gemäss Motion FDP präsentiert. Einige Vertreter des GGR waren anwesend. Das Interesse hielt sich jedoch in Grenzen.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

**Dienstag, 24. Juni 2003, 17.00 Uhr**

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber